

Agenda 2010:

Als PDS unterstützen wir aktiv den Widerstand der Gewerkschaften gegen die Agenda 2010. Hier ist nicht mit einzelnen Korrekturen etwas zu verändern, die ganze Richtung dieses Politikkonzepts ist falsch!

Deshalb muss der Widerstand vor und nach dem SPD-Parteitag gegen den von Schröder verschärften Sozialabbau, der die CDU/FDP noch ermuntert weitergehende Forderungen zu stellen, in der Öffentlichkeit und auf der Strasse weitergehen!

Mit der Agenda 2010 werden nicht etwa unausweichliche Reformen beschrieben oder gar ein Ausweg aus der Massenarbeitslosigkeit gezeigt, sondern die Folgen einer verfehlten Politik auf Arbeitslose und Beschäftigte sowie auf Kranke und Rentner abgewälzt. Es ist ein Programm des Verzichts und der sozialen Grausamkeiten, das nicht einmal die Probleme der aktuellen Krise löst, sondern das eine der Ursachen weiter verstärkt, weil die Binnenkonjunktur weiter gedrosselt wird. Unter dem Vorwand, für mehr Wachstum zu sorgen, wird lediglich die seit langem bestehende Wunschliste der Arbeitgeberverbände zum Abbau des Sozialstaates abgearbeitet.

- Die Verkürzung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes, wie auch die zahlreichen Verschlechterungen bei der Berechnungsgrundlage und der Anrechnung von Partnereinkommen sind mit großen sozialen Härten verbunden, schaffen aber keinen einzigen Arbeitsplatz.
- Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe wird nicht die Arbeitslosigkeit verringern, sondern nur ihre Kosten senken. Millionen Arbeitslose verlieren ihren durch jahrzehntelange Beitragszahlung erworbenen Versicherungsanspruch und müssen mit

Agenda 2010 = Sozialraub!

Was bedeutet die Agenda 2010 für eine konkrete Normalfamilie - Vater mit Arbeit und gutem Einkommen, Mutter mit Arbeitslosenhilfe, ein Kind? (Angaben stammen aus der ZDF-Sendung Monitor) Bisheriges Monatseinkommen der Familie: 2314 Euro. Nach den Reformen: Nach zwei Arztbesuchen (30 Euro), dem monatlichen Beitrag zur Versicherung des eigenen Krankengeldes (16 Euro) sowie einem monatlichen Einkommensverlust durch Wegfall der Arbeitslosenhilfe von 503 Euro würden der Familie noch 1765 Euro verbleiben. Ein Einkommensverlust von 549 Euro - das sind 24%! Zuzahlungen zu Medikamenten sind noch nicht berücksichtigt.

Andere Familien, aber auch Alleinstehende und ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - und natürlich Arbeitslose - kann es noch schlimmer treffen. Das ist Sozialraub! Er wird auch mit Übergangsfristen politisch nicht weniger kriminell.

kaum mehr als dem Sozialhilfesatz auskommen - sofern sie überhaupt noch Leistungen erhalten.

- Mit der Streichung des Krankengeldes aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung werden die Arbeitgeber um 3,5 Mrd.€ entlastet, während sich die Nettoeinkommen der abhängig Beschäftigten um den gleichen Betrag verringern. Eine schamlose Umverteilung von unten nach oben und gleichzeitig der bisher schärfste Angriff auf die paritätische Finanzierung der sozialen Sicherung.
- Auch die geplante Beseitigung der Sozialauswahl im Kündigungsschutzgesetz wird weder neue Arbeitsplätze schaffen, noch die Konjunktur beleben. Vielmehr ist damit zu rechnen, dass die Zahl der Langzeitarbeitslosen und schwer Vermittelbaren steigt, weil die Unternehmen künftig hauptsächlich ältere oder Beschäftigte mit gesundheitlichen Einschränkungen entlassen werden. Auch Alleinerziehende mit Kindern und andere, die wegen sozialer Verpflichtungen auf verträgliche Arbeitszeiten angewiesen sind, werden als erste auf die Entlassungslisten kommen.

Für eine andere Reformlogik:

Auch wir wissen, dass die Kosten der Arbeitslosigkeit die öffentlichen Haushalte austrocknen und die bisherige Beschäftigungspolitik versagt hat. Doch die Ursachen sind nicht bei den Lohnersatzleistungen für die Arbeitslosen oder gar bei deren Arbeitsunwilligkeit zu suchen, sondern beim Verzicht auf eine aktive Beschäftigungspolitik, die Ablehnung kürzerer Arbeitszeiten sowie den Rückgang von Binnennachfrage und öffentlicher Investitionstätigkeit.



- Weil es besser und billiger ist, Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu bezahlen, muss ein öffentlich geförderter und gemeinnütziger Beschäftigungssektor aufgebaut werden, um die vernachlässigten sozialen, ökologischen und kulturellen Bedürfnisse der Gesellschaft zu befriedigen.
- Weil jährlich immer noch 1,5 Mrd. Überstunden geleistet werden, was etwa einer Million Arbeitsplätze entspricht, muss die gesetzliche Höchstarbeitszeit von derzeit bis zu 64 auf maximal 40 Stunden gesenkt werden.
- Weil die 35-Stunden-Woche bereits Hunderttausende Arbeitsplätze gesichert hat, muss sie zum tariflichen Standard, insbesondere in den neuen Bundesländern werden.
- Weil keine neuen Arbeitsplätze ohne neue Nachfrage entstehen, müssen insbesondere die Niedrigsteinkommen angehoben und durch einen gesetzlichen

Mindestlohn in Höhe von 60% des nationalen Durchschnittslohns abgesichert werden.

- Weil Deutschland in der EU den niedrigsten Anteil an öffentlichen Investitionen ausweist, ist die Investitionsquote in den kommenden drei Jahren zu verdoppeln. Um vor allem den dringenden Bedarf der Kommunen zu befriedigen, muss der Bund noch in diesem Jahr ein Investitionsprogramm von mindestens 25 Mrd. € auflegen.

Auch uns ist bekannt, dass die staatliche Neuverschuldung das Maastrichter Stabilitätskriterium übersteigen wird. Doch erstens ist der europäische Stabilitäts-pakt kein Dogma, zweitens sind Schulden sinnvoll, wenn sie die Wirtschaftstätigkeit beleben und drittens ist die Notlage der öffentlichen Haushalte hauptsächlich das Ergebnis einer verfehlten Steuerreform.

- Der Spitzensteuersatz darf nicht unter 47% gesenkt werden.
- Die bisher nur befristete Erhöhung der Körperschaftssteuer von 25 auf 26,5% ist beizubehalten.
- Zinsgewinne von Personen mit einem Steuersatz von mehr als 25% müssen mit dem vollen Einkommenssteuersatz belegt werden.
- Die 25%ige Abgeltungssteuer für Gewinne aus dem Verkauf von Wertpapieren ist durch eine unbefristete Belastung nach dem Einkommenssteuertarif zu ersetzen.

- Die Vermögenssteuer muss wieder erhoben und die Erbschaftssteuer für Vermögen über 500.000 € erhöht werden.
- Einführung einer Börsenumsatzsteuer von einem Prozent.

Auch wir leugnen nicht, dass Arbeitslosen- und Krankenversicherung sowie die Rentenkassen unter wachsenden Ausgaben leiden, doch sie haben in erster Linie ein Einnahmeproblem, das durch eine gänzlich andere Reformlogik überwunden werden muss.

- Die Beitragsmessungsgrenze in der Renten- und Krankenversicherung muss erhöht und die Versicherungspflichtgrenze bis zur höchsten Besoldungsstufe des öffentlichen Dienstes angehoben werden. Beamte und Abgeordnete sind in das System der gesetzlichen Sicherungssysteme eben so einzubeziehen, wie die Bezieher von Gewinn- und Vermögenseinkommen.

- Die Arbeitgeberbeiträge zu den sozialen Sicherungssystemen sind nicht mehr nach der betrieblichen Lohnsumme, sondern nach der Brutto-Wertschöpfung des Unternehmens zu berechnen.
- Selbständige Spitzenverdiener ohne Beschäftigte und die Bezieher von Gewinn- und Vermögenseinkommen müssen zu einer Arbeitsmarktabgabe herangezogen werden.

Auch wir wissen, dass die Ausgaben des Gesundheitssystems auf den Prüfstand gehören, nicht aber die gesundheitliche Versorgung der Versicherten. Die Bundesregierung muss den Mut aufbringen, sich mit den Nutznießern der Kostensteigerungen anzulegen, statt bei den Kranken zu sparen.

- Die Kostenexplosion für Arzneimittel kann aufgehalten werden, wenn für sie eine Positivliste eingeführt und die Preisbindung für nicht mehr durch Patente geschützte Arzneimittel aufgehoben wird.
- Die kostentreibende Ausweitung der Gerätemedizin muss durch eine Aufwertung der ärztlichen Beratung und Betreuung begrenzt werden.
- Doppelbehandlungen und überflüssige Investitionen sind durch eine stärkere Verzahnung der ambulanten Versorgung mit den Krankenhäusern sowie durch die gezielte Besserstellung von Polikliniken und Gemeinschaftspraxen zu vermeiden.

Mit diesen Positionen steht die PDS an der Seite der Gewerkschaften, während alle im Bundestag mit Fraktionen vertretenen Parteien mehr oder minder scharf einheitlich auf Sozialabbau und die Beseitigung sozialer Rechte setzen. Notwendig wäre also auch im politischen und parlamentarischen Raum solche Positionen zur Unterstützung der Gewerkschaften zu haben.

Gemeinsam ■ ■

LINKS GEHEN
RECHTS STEHEN

3119

in Bewegung

Solidarität
schafft Zukunft

Agenda sozial PDS

Ich will mehr über die PDS wissen:

Die PDS hat mit der *Agenda Sozial* eine Alternative zur Agenda 2010 und den Vorstellungen von CDU/CSU und F.D.P. zu vermeintlichen Reformen. Mehr dazu im Internet unter http://www.pds-online.de/politik/agenda_sozial, an den Informationsständen der PDS oder bei der *PDS in Hamburg* oder der *AG Betrieb & Gewerkschaft* Hier unsere Adresse:
PDS Landesverband Hamburg • Neuer Kamp 25 • 20359 Hamburg • tel.: 040 - 3 89 21 64 • fax: 040 - 43 09 70 28 • Bankverbindung: Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Kf.-Nr.: 966705205

info@pds-hamburg.de • <http://www.pds-hamburg.de>

PDS
Landesverband Hamburg

**& betrieb
gewerkschaft**
PDS AG Betrieb & Gewerkschaft Hamburg